



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

## Spitzengespräch zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg

Ausbildungsbilanz 2016 des „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015 – 2018“  
vorgelegt am 22. Mai 2017

### Stabiler Ausbildungsmarkt 2016

Im Jahr 2016 nahm die Zahl der neuen Ausbildungsverträge leicht zu: 73.989 neue Ausbildungsverträge zum 30. September bedeuten ein Plus von 0,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Ausbildungsmarkt ist weiterhin geprägt durch eine einerseits hohe Zahl von bei den Agenturen bzw. Jobcentern gemeldeten Bewerbern, die nicht den gewünschten Ausbildungsplatz gefunden haben (unversorgte 1006, + 16,2 %; alternativ Verbliebene: 8.512, + 3,4%), und andererseits einer steigenden Zahl von gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen (7.168, + 16,9%).

Aus der Addition von neuen Ausbildungsverträgen und nicht in Ausbildung eingemündeten Jugendlichen ergibt sich ein grundsätzlich großes Interesse an dualer Ausbildung in Höhe von 106.000 Jugendlichen.

### 1.000 Geflüchtete erfolgreich in Ausbildung integriert

Knapp 1.000 Auszubildende, die aus den acht Hauptasylherkunftsländern plus Gambia stammen, haben im Ausbildungsjahr 2016 einen neuen Ausbildungsvertrag unterzeichnet.<sup>1</sup>

Derzeit erwerben mehr als 9.000 Jugendliche in den VAB- und VABO-Klassen die für eine Ausbildung notwendigen Sprachkenntnisse. Für das kommende Ausbildungsjahr wird eine Zahl von 1.800 bis 2.000 sprachlich und fachlich gut vorbereiteten jungen Menschen mit Fluchthintergrund auf dem Ausbildungsmarkt erwartet.

---

<sup>1</sup> Die acht Hauptasylherkunftsstaaten sind Afghanistan, Syrien, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Eritrea und Somalia. Exakte Angaben zu Flüchtlingen in Ausbildung sind nicht möglich. Wer von den bei den IHKn und Handwerkskammern zum 31.12.2016 eingetragenen 868 Auszubildenden aus den acht Herkunftsstaaten plus Gambia tatsächlich geflüchtet ist und wie viele Flüchtlinge aus anderen Ländern ebenfalls eine Ausbildung begonnen haben, lässt sich aus den vorliegenden Daten nicht ermitteln. Auch fehlen Angaben der kleineren Ausbildungsbereiche Freie Berufe, Landwirtschaft und Öffentlicher Dienst.

Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, bestehende gesetzliche Regelungen zur Duldung während der Ausbildung zugunsten einer erfolgreichen Integration in Ausbildung anzuwenden.

### **Aktivitäten für einen besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Ausbildungsbereich**

In Vorbereitung befindet sich ein neues Angebot "Zweiter Berufsschultag", das ab kommendem Schuljahr in Abstimmung mit Ausbildungsbetrieben an ausgewählten Standorten erprobt werden soll. Das Angebot richtet sich mit unterschiedlichen Inhalten sowohl an leistungsschwächere Auszubildende, die durch zusätzlichen Unterricht gezielt gefördert werden sollen, als auch an leistungsstärkere Auszubildende, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

Wachsende Erfolge zeigen sich in dem Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual) für Jugendliche mit Förderbedarf, der im Rahmen des Modellversuchs "Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf" in zwölf Modellregionen durchgeführt wird. 37% der erfolgreichen AVdual-Absolventen ist zum Herbst 2016 der Übergang in Ausbildung gelungen. In vergleichbaren Bildungsgängen lag die Übergangsquote unterhalb von 30 Prozent.

Das Konzept der Betriebspraktika wirkt: Drei Viertel dieser Auszubildenden haben ihre Ausbildung in Betrieben begonnen, in denen sie als AVdual-Schüler bereits ein Praktikum absolviert haben ("Klebeeffekt").

# Kennzahlen 2016 gemäß dem Kriterienkatalog des Ausbildungsbündnisses

Stichtag 30.9.2016

	2015	2016	Veränderung
Kammerstatistik (BIBB):			
<b>Neue Ausbildungsverträge</b>	<b>73.821</b>	<b>73.989</b>	<b>0,2%</b>
Statistik der Bundesagentur für Arbeit:			
<b>Gemeldete Bewerber</b>	<b>64.987</b>	<b>65.606</b>	<b>1,0%</b>
davon			
aus nichteuropäischen Asylzugangsländern[1]	439	1.069	143,5%
Altbewerber[2]	23.589	24.036	1,9%
Einmündungen in duale Ausbildung	33.395	33.407	0,8%
Nichteinmündungen	31.592	32.199	0,2%
dav			
unversorgt	866	1.006	16,2%
alternativ verblieben[3]	8.229	8.512	3,4%
unbekannt verblieben	8.780	8.774	- 0,1%
sonstiger Verbleib (zB schulische Bildungsgänge)	9.622	9.535	- 0,9%
Einmündungen in Erwerbstätigkeit	4.095	4.372	6,8%
<b>Gemeldete Ausbildungsplätze</b>	<b>74.448</b>	<b>78.553</b>	<b>5,5%</b>
davon unbesetzt	6.131	7.168	16,9%
Mischung Kammer- und BA-Statistik			
<b>Ausbildungsinteressierte</b>	105.413	106.188	0,7%
Neue Verträge + nicht eingemündete Bewerber	70,0%	69,7%	
davon eingemündet in Berufsausbildung			
<b>Schulstatistik (Statistisches Bundesamt)</b>			
<b>Jugendliche in schulischen Bildungsgängen ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder weiterführenden Schulabschluss</b>	41.730	46.939	11,3%
davon			
mit Anrechnung	23.856	23.775	-0,3%
ohne Anrechnung	17.874	23.164	29,6%
davon VAB und BFBV**	10.027	15.212	51,7%
davon VABO und BFBVO**	6.075	9.738	60,3%
* vorläufiger Wert			
** BFBV und BFBVO sind die privaten Formen des VAB und VABO			
<b>Defizit Unterrichtsversorgung</b>			
an beruflichen Schulen insgesamt	1,8%	1,7%	
an Berufsschulen(Teilzeit, BS, SBS)	5,8%	5,7%	
an beruflichen Vollzeitschulen	0,1%	0,0%	

## Nachrichtliche Ausweisung weiterer Kennzahlen:

### Anfängerzahlen

Ausbildung in den landesrechtlich  
geregelten Ausbildungsberufen :

Alten- / Krankenpflege

davon:

Altenpflege

Altenpflegehilfe

Gesundheits- und

Krankenpflege

Gesundheits- und

Kinderkrankenpflege

Gesundheits- und

Krankenpflegehilfe

Integrierte Pflegeausbildung

Erzieherinnen / Erzieher

davon PiA

Duales Studium

Auszubildende mit (Fach-) Hochschulreife \*

Kammerstatistik (IHK und HWK) zum 31.12.2016

Auszubildende aus Syrien

Auszubildende aus Iran

Auszubildende aus Irak

Auszubildende aus Afghanistan

Auszubildende aus Eritrea

Auszubildende aus Nigeria

Auszubildende aus Pakistan

Auszubildende aus Somalia

Auszubildende aus Gambia

Teilzeitausbildung (Auszubildende gesamt)

ergänzend:

Jugendarbeitslosigkeit in %

	2015	2016	Veränderung
Alten- / Krankenpflege	8365	8595	2,7%
davon:			
Altenpflege	3492	3503	0,3%
Altenpflegehilfe	1240	1429	15,2%
Gesundheits- und Krankenpflege	2803	2889	3,1%
Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	426	416	-2,3%
Gesundheits- und Krankenpflegehilfe	378	459	21,4%
Integrierte Pflegeausbildung	26	26	0,0%
Erzieherinnen / Erzieher	4 631	4769	3,0%
davon PiA	1231	1365	10,9%
Duales Studium	11.604	12.241	5,5%
Auszubildende mit (Fach-) Hochschulreife *	18.182	18.824	3,5%
Kammerstatistik (IHK und HWK) zum 31.12.2016			
Auszubildende aus Syrien	41	197	
Auszubildende aus Iran	27	69	
Auszubildende aus Irak	95	90	
Auszubildende aus Afghanistan	51	154	
Auszubildende aus Eritrea		49	
Auszubildende aus Nigeria		51	
Auszubildende aus Pakistan		53	
Auszubildende aus Somalia		34	
Auszubildende aus Gambia		171	
Teilzeitausbildung (Auszubildende gesamt)	874	932	6,6%
ergänzend:			
Jugendarbeitslosigkeit in %	2,8	2,9%	

[1] Afghanistan (80); Eritrea (15), Irak (150), Iran/Islamische Republik (45); Nigeria (20); Pakistan (45), Somalia (15)  
Syrien/Arabische Republik (69)

[2] Altbewerber sind Bewerber, die die Schule bereits im Vorjahr oder früher verlassen haben und somit zusätzlich  
zum Nachfragepotential des aktuellen Schulentlassjahres eine Ausbildung aufnehmen wollen

[3] Alternativ verblieben sind Jugendliche, die zwar eine z.B. schulische Alternative gefunden haben,  
die aber ihren Wunsch nach einem Ausbildungsplatz weiterhin aufrechterhalten.

\* 2016 vorläufig

## **Ausführliche Bilanzierung und Bewertung des Ausbildungsjahres 2016**

Beim Spitzengespräch am 22. Mai 2017 haben die Bündnispartner auf Grundlage der im Bündnis gemeinsam vereinbarten Verfahren und Kriterien nachfolgende Bilanz und Bewertung des Ausbildungsjahres 2016 vorgelegt:

Bilanz:

Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** ist 2016 gegenüber 2015 mit einem Zuwachs von 168 Verträgen auf 73.989 weitgehend konstant geblieben.

Bewertung:

In der aktuell guten Wirtschaftslage wurde die Zahl der Ausbildungsverträge stabil gehalten. Die Bündnispartner streben durch eine bessere Ausschöpfung aller Ausbildungspotentiale - sowohl auf Seiten der Betriebe als auch auf Seiten der jungen Menschen - weiterhin eine Steigerung an. Dies gilt für die Potenziale von chancenärmeren Jugendlichen ebenso wie für die Karriereoptionen von Jugendlichen mit mittlerem Bildungsabschluss oder mit (Fach-)Hochschulreife.

Mit mehr als 106.000 grundsätzlich an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen (neue Verträge plus nicht in Berufsausbildung eingemündete Bewerber) ist die Nachfrage im Bereich der dualen Ausbildung weiterhin hoch. Die Bündnispartner begrüßen die merklich erhöhte Anzahl der von den Betrieben gemeldeten Ausbildungsplätze und werden sich weiter dafür einsetzen, dass möglichst viele Ausbildungsangebote bei den Arbeitsagenturen gemeldet werden.

Bilanz:

Die Zahl der **unbesetzten Ausbildungsstellen** ist von 6.131 in 2015 angestiegen auf 7.168 in 2016.

Bewertung:

Angesichts einer wachsenden Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze sollen mehr Jugendliche für eine duale Ausbildung gewonnen werden. Angebot und Nachfrage sind durch passgenaue Vermittlung (Matching) von Bewerbern und Ausbildungsplatzangeboten besser auszugleichen. Dies gilt besonders in den Branchen mit vielen offenen Ausbildungsstellen wie Hotel und Gastgewerbe, Einzelhandel, Bauhauptgewerbe oder Nahrungsmittelhandwerk. Hierzu muss auch eine Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und der Ausbildungsqualität einen Beitrag leisten.

Bilanz:

Die Zahl der **unversorgten Bewerber** zum 30. September ist 2016 mit 1.006 um 140 gestiegen (2015: 866).

Bewertung:

Die Bündnispartner werden sich mit gemeinsamen Anstrengungen bemühen, die Zahl der unversorgten Jugendlichen möglichst gering zu halten. Die Verbände und Kammern der Wirtschaft werden sich dafür einsetzen, auch chancenärmeren Jugendlichen vermehrt den Einstieg in eine Ausbildung unter Nutzung des gesamten Berufespektrums zu ermöglichen. Dabei sollten bei Bedarf auch die vorhandenen Unterstützungsinstrumente (z.B. abH, AsA) genutzt werden. Auch der zweite Berufsschultag für leistungsschwächere Jugendliche kann dazu einen Beitrag leisten.

Bilanz:

Die Zahl der **alternativ verbliebenen Bewerber** ist 2016 mit 8.512 gegenüber 8.229 in 2015 leicht angestiegen.

Bewertung:

Trotz ihres bei den Agenturen bzw. Jobcentern registrierten Ausbildungswunsches mündeten auch im Jahr 2016 eine wachsende Zahl an Jugendlichen in eine Alternative (z.B. weiterer Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, Bundesfreiwilligendienst) ein oder verbleiben darin, anstatt direkt eine duale Ausbildung zu beginnen. Die Bündnispartner stellt diese Entwicklung nicht zufrieden. Sie werden sich durch Maßnahmen der Berufsorientierung und entsprechende Beratungsangebote für ein breiteres Berufswahlspektrum bei den Jugendlichen einsetzen. Durch eine Stärkung von Zusatzqualifikationen während der Ausbildung werden die Bündnispartner die duale Ausbildung für Leistungsstärkere attraktiver machen und sich für mehr direkte Einmündungen in Ausbildung engagieren.

Bilanz:

Die Zahl der **unbekannt verbliebenen Bewerber** ist mit 8.774 gegenüber 8.780 in 2015 praktisch konstant geblieben.

Bewertung:

Es bleibt ein ehrgeiziges Ziel, die Zahl der unbekannt verbliebenen Bewerber auf 5.000 bis zum Jahre 2018 zu reduzieren.

Die Bündnispartner werden sich insbesondere in den Modellregionen dafür einsetzen, durch geeignete Instrumente die Transparenz über den Verbleib von Jugendlichen im Übergangsbereich zu erhöhen.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Bewerber, die in eine duale Ausbildung eingemündet sind**, ist von 33.395 (2015) minimal gestiegen auf 33.407 (2016).

Bewertung:

Der Anteil der in der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Jugendlichen, die direkt in eine duale Ausbildung einmünden, ist noch steigerungsfähig. Die Bündnispartner werden sich u.a. durch Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und zur Ausschöpfung der Potentiale benachteiligter Jugendlicher für mehr direkte Einmündungen in Ausbildung einsetzen.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Altbewerber** ist von 23.589 (2015) leicht gestiegen auf 24.036 (2016).

Bewertung:

Die Bündnispartner werden den direkten Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung noch mehr in den Vordergrund stellen. Um ein größtmögliches Potenzial für Ausbildung zu erschließen, werden die Bündnispartner mit geeigneten Instrumenten versuchen, die Zielgruppe der Altbewerber individuell noch besser anzusprechen.

Bilanz:

Die Zahl der gemeldeten **Bewerber, die in Erwerbstätigkeit eingemündet sind**, ist von 4.095 (2015) gestiegen auf 4.372 (2016).

Bewertung:

Die Bündnispartner sehen es kritisch, dass die Zahl der jungen Menschen, die direkt in Erwerbstätigkeit übergegangen sind, ansteigt. Denn ohne Berufsausbildung gehen die Jugendlichen den Betrieben als zukünftige Fachkräfte verloren und gefährden ihre eigenen Lebensperspektiven.

Bilanz:

An den öffentlichen Berufsschulen (Teilzeit-Berufsschule, Teilzeit-Sonderberufsschule) hat sich das strukturelle **Defizit bei der Unterrichtsversorgung** von 5,8% (2015) leicht verringert auf 5,7% (2016). Im Bereich der beruflichen Vollzeitbildungsgänge konnte das Defizit sogar komplett beseitigt werden. An den öffentlichen beruflichen Schulen insgesamt verringerte sich das Defizit von 1,8% auf 1,7%.

Bewertung:

Der Rückgang des Defizits bei der Unterrichtsversorgung ist erfreulich. Das vorrangige Ziel bleibt die weitere Verbesserung der Versorgungswerte der Berufsschule. Dazu ist die Besetzung möglichst aller freien Lehrerstellen sowie eine nachhaltige Werbung für den Berufsschul-Lehrerberuf notwendig.

Bilanz:

Die Zahl der Jugendlichen in **schulischen Bildungsgängen ohne Berufsabschluss oder weiterführenden Schulabschluss** ist von 41.730 (2015) gestiegen auf 46.939 (2016).

Bewertung:

Der Anstieg um rund 5.000 Jugendliche im schulischen Übergangsbereich liegt ausschließlich an den Zuwächsen im Bereich des Vorqualifizierungsjahres Arbeit und Beruf (VAB). Diese resultieren aus dem durch die hohe Zuwanderung begründeten Zuwachs in den sog. VABO Klassen sowie in den sich in der Regel anschließenden VAB-Klassen.

Diese Zielgruppe braucht solche Angebote, um an die erforderliche Ausbildungsreife vor allem in Bezug auf die Sprachkompetenz herangeführt zu werden.



## **Ziele und Indikatoren des Ausbildungsbündnisses**

### 1. Eckpunktepapier zur Neugestaltung des Übergangs Schule-Beruf umsetzen

Indikator: Die Zahl der beteiligten Regionen von vier (im Jahr 2014) auf 22 (im Jahr 2018) erhöhen.

**2016: 12 beteiligte Regionen** (2015: 10)

### 2. Berufliche Orientierung an allen allgemein bildenden Schulen weiterentwickeln

Indikator: Anteil der Tandems für Berufsorientierung aus Schule und Berufsberatung bis zum Jahr 2018 auf 100 Prozent erhöhen.

**2016: 100 Prozent** (2015: 89 Prozent)

### 3. Attraktive Ausbildungsangebote entwickeln und Karrierewege befördern

Indikator: Anzahl der neuen Teilnehmer am dreijährigen dualen Berufskolleg von 834 (im Jahr 2014) um 50 Prozent auf 1.250 (im Jahr 2018) erhöhen.

**2016: 797** (2015: 849)

### 4. Jugendlichen durch einen flexiblen Einstieg die Chancen auf eine Ausbildung eröffnen

Indikatoren: Anzahl der unbekannt verbliebenen Jugendlichen in der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit von 9.786 (im Jahr 2014) auf 5.000 (im Jahr 2018) senken und

Die Anzahl der Regionen mit harmonisierten Abläufen und weitgehend abgestimmten Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsbündnisse „Jugend und Beruf“ bis Ende 2016 auf 44 erhöhen.

**2016: 8.774** unbekannt Verbliebene (2015: 8.780)

**36** Regionen mit Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf (2015: 28)

### 5. Ausbildungsbereite Betriebe in der Ausbildung unterstützen

Indikator: Für die ausbildungsbereiten Betriebe landesweit 2016 bis zu 600 Plätze für eine assistierte Ausbildung zur Verfügung stellen.

**2016: 724**

### 6. Qualität der betrieblichen Ausbildung sichern

Indikator: Die Vertragslösungsquote von 21,2 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 20 Prozent (im Jahr 2018) senken.

**2015: 21,5 %**

### 7. Qualität und Erreichbarkeit der Berufsschule sichern

Indikator: Das Defizit bei der Unterrichtsversorgung an Berufsschulen in allen Regierungsbezirken von 5,6 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 5 Prozent senken.

**2016: 5,7 %** (2015: 5,8%)

8. Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung ausgestalten

Indikator: Die Anzahl berufsbegleitender Bachelorstudiengänge an staatlichen Hochschulen von 8 (im Jahr 2015) auf 16 (im Jahr 2018) verdoppeln.

**2016: 10**

9. An- und Ungelernten einen Berufsabschluss ermöglichen

Indikator: Den Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen ohne Berufsabschluss von 12,9 Prozent (im Jahr 2013) auf unter 12 Prozent (im Jahr 2018) senken.

**2015: 12,9 %**

10. Berufliche Bildung internationalisieren

Indikator: Die Anzahl der EU-geförderten Auslandspraktika von Auszubildenden von 1.600 (im Jahr 2013) auf 2.500 (im Jahr 2018) steigern.

**2016: 1.811 (2015: 1.778)**

## **Beschluss**

Die Bündnispartner und weitere Teilnehmer des Spitzengesprächs unterstützen diese Bilanz 2016 des „Bündnis´ zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015 - 2018“.

### Die Bündnispartner:

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg  
Kultusministerium Baden-Württemberg  
Sozialministerium Baden-Württemberg  
Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg  
Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag  
Baden-Württembergischer Handwerkstag  
Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände  
Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg  
Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg  
Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit  
Gemeindetag Baden-Württemberg  
Landkreistag Baden-Württemberg  
Städtetag Baden-Württemberg

### Unterstützer:

Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. -SÜDWESTMETALL –  
Handelsverband Baden-Württemberg e.V.  
Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e.V.  
DEHOGA; Hotel- und Gaststättenverband Baden-Württemberg e.V.  
IG Metall Landesbezirk Baden-Württemberg  
Ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg  
Beamtenbund Baden-Württemberg

Stuttgart, den 22. Mai 2017